Nadelbelag, daß der Boden teppichgleich grün gefärbt erscheint. Das Ausbleiben neuen Schnees hat es mit sich gebracht, daß schon gemeldete Winter- und Sportfreunde ihre Ansage wieder rückgängig gemacht haben. Gerade für die Weihnachtszeit hat dieses Ausbleiben für manche Unterkunftsstätte einen Ausfall im Erwerb bedeutet.

Neue Höchstpreise für Süßigkeiten. Für Süßigkeiten sind ab 8. Januar neue Höchstpreise festgesetzt worden. Sie sind bis zu 40 Prozent niedriger als die alten. So kosten zum Beispiel Karamellbonbons nach A Gruppe I im Kleinverkauf 21.20 Mark das Pfund, anstatt 17,60 Mark früher, Fondants nach C Gruppe I 16,40 Mark das Pfund, anstatt 23,40 Mark. Die neuen Preise müssen ohne jede Ausnahme eingehalten werden. Das Publikum wird gebeten, bei der Kontrolle der Preise an der Hand des in jedem Laden aushängenden Abzuges der neuen Süßigkeitenverordnung tätig mitzuwirken.

Bären und Wölfe gab es im Erzgebirge und insbesondere in dem bei Schneeberg gelegenen Burkhardtswalde noch vor 300 bzw. 250 Jahren. Mitte des 16. Jahrhunderts wagten sich sogar die Wölfe bis nach Zwickau, denn am 28. Dezember 1542 brachen dort bei grimmiger Kälte in eine Scheune vor dem Frauentor in der Plauenschen Straße, in der sich 100 Schafe befanden, sechs Wölfe ein und wurden, als sie bereits 14 Schafe zerrissen hatten, von dem in der Nähe wohnenden und durch den Lärm geweckten Sauhirt vertrieben. Im Juli 1556 wurden im Burkhardtswald beim Heidelbeersuchen zwei Mädchen von einem Bären überfallen und übel zugerichtet. Wegen dieser Raubtierplage wurde im August 1601 im Burkhardtswald ein Bärenfang angelegt und im Jahre 1671 errichtete man im genannten Wald eine Wolfsgrube.

Aus dem Parteileben.

Tagung des volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschdemokratischen Partei. Der volkswirtschaftliche Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei Sachsens hielt am Freitag in Dresden eine Sitzung ab, die aus allen Teilen des Reiches zahlreich beschickt war und von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Landespartei, Staatsminister a. D. Kaufmann Oskar Günther-Plauen geleitet wurde. Landtagsabgeordneter Dr. Reinhold-Leipzig und Bankier Alfred Maron-Dresden referierten über die schwebenden Steuerfragen im Reiche und in Sachsen. Ferner beschäftigte sich die Versammlung nach einem Referat von Bankier Maron mit der Frage der Aufhebung der Demobilmachungsordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen. Die außerordentlich lebhafte Aussprache führte zur Genehmigung von Richtlinien über die in Zukunft zu befolgende Finanz- und Steuerpolitik, die den Fraktionen des Landtages und des Reichstages zur Kenntnis gebracht werden sollen, sowie zur Annahme der nachstehenden Entschließung: Der Abbau der in der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung enthaltenen Beschränkungen der Freizügigkeit und der Arbeitsmöglichkeit ist so schnell wie möglich herbeizuführen. Die Landtags- und Reichstagsfraktionen der Deutschen Demokratischen Partei werden ersucht, ihren Einfluß in diesem Sinne auszuüben zu wollen. — Besonderes Interesse fanden die Berichte zweier Industrieller, der Herren Lau-Plauen (Vogtland) und Susmann-Chemnitz, über ihre Erfahrungen während ihrer vor kurzem unternommenen Geschäftsreisen nach Frankreich und England.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

Der Verein Deutschösterreicher Aue, Ortsgruppe des Volksbundes der Deutschen aus dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn, hielt am 8. Jan. in seinem Vereinsheim Brauerei eine Weihnachtsbescherung seiner Waisenkinder ab. Durch reiche Gaben hilfsbereiter Gönner unterstützt, wurde es ermöglicht, 20 Kindern, denen der Vater durch den Krieg genommen und die zum Teil auch die Mutter verloren haben, eine Weihnachtsfreude zu bereiten und mit nützlichen, jetzt so notwendigen Kleidungsstücken zu beschenken. Im Namen der Witwen und Waisen dankte Frau Horn für die Gaben. Die Kinder wurden mit Kuchen und Kaffee, später mit Würstchen gespeist, sodaß die Feier in würdiger und weihnachtlicher Stimmung verlief. Die Kinder trugen durch schöne Vorträge zur Unterhaltung mit bei, so daß der Abend bei allen Anwesenden in steter Erinnerung bleiben wird. Es wäre zu wünschen, daß alle Deutschen aus dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn sich zusammenscharen und treu zusammenstehen, um die Liebeswerke mehr zu vertiefen und die Solidarität als Landsleute noch mehr beherzigen.

* * *

Chemnitz, 9. Januar. Drei Raubüberfälle in Chemnitz. In Chemnitz wurden innerhalb zwei Tagen drei Raubüberfälle verübt. Zwei etwa 25 Jahre alte Männer drangen in eine Parterrewohnung in der Würzburger Straße und verlangten von der allein anwesenden Ehefrau Geld. Das Hinzukommen des Mannes verscheuchte die Räuber. Ein von ihnen abgegebener Revolverschuß ging fehl. In der Friedrichstraße wurde ein erst zugereister Kaufmann aus Mannheim von einem jungen Manne überfallen und mit einem Küchenmesser schwer verletzt. Dem Täter fiel die Brieftasche des Kaufmanns mit etwa 2100 M in die Hände. In der Stollberger Str. wurde der zu Besuch weilende Arbeiter Stope aus Leipzig, der sein Fahrrad vor sich herschob, von zwei jungen Burschen überfallen und zu Boden geschlagen. Die Räuber nahmen ihm sein Fahrrad weg und entkamen.

Falkenstein, 9. Januar. Straffreiheit für Hölz gefordert. In einer öffentlichen Versammlung wurde von einem Redner die Frage beantwortet: Warum wird Max Hölz verfolgt? Später wurden die Aussagen verschiedener Zeugen bei dem letzten Dresdener Schwurgerichtsprozeß in Sachen Hölz verlesen, nach denen festgestellt sei, daß Hölz wegen politischer Motive gehandelt habe. Am Schlusse der Versammlung wurde eine an die Regierung zu richtende, von etwa 1600 anwesenden Personen einmütig gefaßte Entschließung angenommen, nach der Max Hölz und alle politisch Verurteilten sofort straffrei gelassen und außer Verfolgung gesetzt werden sollen.

Leipzig, 9. Januar. Bei einem Großfeuer, das in der Nacht zum Freitag im ehemaligen Bezirkskommando II in Gohlis ausbrach, wurden der Dachstuhl und der ganze Südflügel des Gebäudes ein Raub der Flammen. Zahlreiche Militärakten sind mit verbrannt. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts bekannt. In dem Dienstgebäude sind jetzt die Versorgungsämter untergebracht, die die Regelung der Bezüge für die Kriegshinterbliebenen vorzunehmen haben.

Thekla, 9. Januar. Der Bahnhofsvorsteher in Thekla verhaftet. Seit einiger Zeit mehrten sich die Eisenbahndiebstähle in Thekla, ohne daß es gelungen wäre, die Diebe ermitteln zu können. Die Unterschlagungen und Diebereien nahmen schließlich einen solchen Umfang an und wurden derart dreist ausgeführt, daß die Diebe sich selbst verrieten. Die vorgenommenen Haussuchungen belasteten den Vorsteher des Bahnhofes Thekla, Herold, so erheblich, daß er in Haft genommen wurde. Auch der Eisenbahnassistent Eilitz und der Eisenbahnarbeiter Ziegner sind der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Es sollen noch weitere Personen an den Diebereien beteiligt sein.

Dresden, 9. Januar. Eingemeindung von Loschwitz, Blasewitz und Weißer Hirsch. Das Ministerium des Innern hat auf Grund von Paragraph 7 Absatz 3 der Landgemeindeordnung grundsätzlich die Eingemeindung von Loschwitz, Blasewitz und Weißer Hirsch nach Dresden beschlossen. Die Verhandlungen sollen innerhalb zwei Monaten abgeschlossen werden.

Sprechsaal.

Diese Rubrik dient zum freien Meinungsaustausch unserer Leser. Die Schriftleitung übernimmt dafür nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Wie steht's mit den Kirchensteuern in Zukunft?

Mit der Bitte um Veröffentlichung erhalten wir folgende Zeilen: Wieder einmal gehen Gerüchte um von einer gewaltigen Erhöhung der Kirchensteuern, die demnächst durch die Trennung von Kirche und Staat bevorstehe. Es ist in zahlreichen Fällen festgestellt worden, daß diese Gerüchte von den Feinden der Kirche geflissentlich ausgestreut werden, um Stimmung zum Kirchenaustritt zu machen. Es ist ja selbstverständlich, daß bei den ungeheuren Anforderungen der Gegenwart auch die Kirche größere Opfer von ihren Mitgliedern wird fordern müssen, d. h. daß auch die Kirchensteuern in absehbarer Zeit erhöht werden müssen und diese Erhöhung der Kirchensteuern wird für Viele ein Prüfstein sein dafür, wie weit ihre Treue zur Kirche reicht, und das wird nur gut sein. Leute, die nur wegen der Kirchensteuer austreten, bekunden damit, daß das, was ihnen die Kirche zu bieten hat, ihnen nicht das kleine Opfer wert ist und daß sie ihrer Kirche innerlich fremd geworden sind.

Wie steht es aber in Wirklichkeit? Auch die künftige Kirchensteuer wird für das ganze Jahr höchstens 5% betragen, d. h. den zwanzigsten Teil nicht vom Einkommen, sondern nur von der Steuer, die das Reich erhebt. Bei 5000 Mk. Einkommen würde also ein Ehepaar, das 5 Kinder hat, überhaupt keine Kirchensteuer, ein Ehepaar mit 2 Kindern Mk. 4.50, ohne Kinder Mk. 16.50 zu bezahlen haben, vorausgesetzt, daß der nach der Verfassung zulässig höchste Prozentsatz (5%) überhaupt erhoben würde. Dieser Prozentsatz kann erst dann endgültig festgestellt werden, wenn das Soll-Einkommen der Reichseinkommensteuer, die Anzahl der steuerpflichtigen Kirchengemeindeglieder und der Bedarf der Kirche ziffermäßig bekannt ist. Bei 10 000 Mk. Einkommen würde unter Zugrundelegung des Höchstsatzes von 5% ein kinderloses Ehepaar Mk 54.—, ein Ehepaar mit 3 Kindern Mk. 35.75, mit 5 Kindern Mk. 26.50 an Kirchensteuern zu entrichten haben. Daraus ist zu ersehen, wie geringfügig gegenüber den anderen Steuererhöhungen der Satz ist, den die Kirche von ihren Mitgliedern wir verlangen müssen. Dabei weiß jedermann genau, wofür er hier sein Geld gibt. Die Kirche verschleudert ihre Gelder nicht, sondern wendet sie in reichem Maße an zum Wohl unseres Volkes, zunächst natürlich zum seelischen Wohl, dann aber auch zur Linderung mancher Not und Armut. Man trete also den unsinnigen Gerüchten von unerschwinglich hohen Kirchensteuern, die schon für die Minderbemittelten jährlich bis in die Hunderte gehen sollen, mit Entschiedenheit entgegen. Wenn die Gegner die Kirche bekämpfen, so sollen sie wenigstens die Wahrheit sagen!

Vermischtes.

Bergwerksunglück. Wie aus Duisburg gemeldet wird, sind im Kohlenflöz Sonnenschein auf der Zeche Westend durch herunterstürzende Kohlen fünf Mann verschüttet worden, von denen bis jetzt ein Mann lebend geborgen werden konnte. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Explosion von Artilleriemunition. Am Freitag nachmittag entstand auf dem Schießplatze Tegel beim Abholen von Artilleriemunition auf einem Wagen der Reichstreuhandgesellschaft eine heftige Explosion, wobei fünf Personen zum Teil schwere Verletzungen und Brandwunden davontrugen.

Zur Wahl des Berliner Oberbürgermeisters. Demnächst soll die Wahl des Berliner Oberbürgermeisters, die den Parteien im Roten Hause bekanntlich schweres Kopfzerbrechen macht, vorgenommen werden. Als Kandidaten kommen nur in Betracht Stadtkämmerer Boeß und Vorsteher Dr. Weyl. — Dr. Weyl ist bekanntlich der Vorsteher der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Er ist unabhängiger Sozialdemokrat.

Ein neues Mittel gegen die Wohnungsnot. Aus Köln wird gemeldet: Eine neue Selbsthilfe zur Behebung der Wohnungsnot hat in Sulzbach begonnen. Es verpflichteten sich gegenseitig je 20 Baulustige, zusammen fünf Jahre lang täglich drei Stunden nach der Berufsarbeit zum Erbauen von Wohnhäusern behilflich zu sein. Es handelt sich um die Ausführung von Erdarbeiten, um die Herstellung von Ziegelsteinen und um die Ausführung von Bauarbeiten unter Leitung von Fachleuten. Wer fünf Jahre lang sich so in den Dienst des Unternehmens gestellt hat, erwirbt ein eigenes Familienhaus zum Preise von 28 000 M, welcher Betrag sich durch die in Aussicht stehenden staatlichen und gemeindlichen Beihilfen auf etwa 10 000 M ermäßigt.

Mittels Bestechungen zum Millionär geworden. In Ludwigshafen wurde der Eisenhändler Heinrich Lieser wegen Bestechung einer Anzahl Beamten der badischen Anilin- und Sodafabrik verhaftet. Er hatte sich durch Bestechungen innerhalb einiger Jahre ein nach Millionen zählendes Vermögen erworben. Die acht Beamten der Fabrik, darunter ein Oberingenieur mit Prokura, sind von der Fabrikleitung ihrer Stellung enthoben.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Entwaffnungsfrage.

Paris, 10. Januar. Wie Temps aus London meldet, führte Ministerpräsident Leygues in einer Unterredung mit einem Vertreter der Sunday Times u. a. aus: Das englische und das französische Volk erwarten mit Ungeduld die Entscheidung der Alliierten in der Frage der Entwaffnung Deutschlands und die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages. Der Ministerpräsident sprach von den guten Beziehungen zwischen England und Frankreich. Es sei notwendig, die auseinandergehenden Ansichten auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die beiden Länder hätten sich soeben wieder über die wichtigsten Punkte und über die allgemeinen Linien ihrer Politik geeinigt. Das Einvernehmen zwischen den beiden Völkern und den Alliierten sei unerläßlich für ihre Sicherheit und Entwicklung, aber auch für das Werk des Wiederaufbaues.

Paris, 10. Der englische Generalmajor Maurice, der sich gegenwärtig in Deutschland aufhält, um die Entwaffnungsfrage zu studieren, schreibt in den Daily News, es sei kaum zweifelhaft, daß die deutsche Regierung sich ehrlich bemühe, die Entwaffnung durchzuführen. Frankreich sei zum guten Teil im Recht, wenn es die Auflösung der Einwohnerwehren verlange. Die einzige Differenz zwischen der französischen und englischen Auffassung liege in der Wahl der zweckmäßigsten Mittel. Die Franzosen hätten lange Zeit gewünscht, das Ruhrgebiet zu besetzen, wo die Sympathien durchweg nach links gingen. Dies würde eine Strafmaßnahme gegen die Regierung und die Linksparteien sein. Das richtige Verfahren sei, die Stellung der gegenwärtigen deutschen Regierung zu stärken. Wenn das deutsche Volk überzeugt werden könne, daß die Wiederherstellung der Industrie und die Bekämpfung der Teuerung von der genauen Erfüllung der Militärbestimmungen des Versailler Vertrages abhängen, so werde es die Mittel finden, die geeignet seien, diese Bedingungen durchzuführen. Wenn andererseits die Engländer und Franzosen durch ihr Vorgehen die Lebensbedingungen in Deutschland erschweren, so würden sie direkt die Karten der Reaktionäre spielen.

Oberschlesien.

Kattowitz, 10. Januar. General Lerond erklärte einem Vertreter von Tagens Nyheter, der ihn in Beuthen besuchte, er könne über den Abstimmungstermin noch nichts sagen. Die Botschafterkonferenz habe eine Entscheidung noch nicht getroffen, aber er glaube sagen zu können, daß die Abstimmung nicht früher als im März sein könne.

Oppeln, 10. Januar. Die interalliierte Kommission bemerkt zu dem Empfang der deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertreter am 6. Januar, die Regierungskommission habe erklärt, daß Maßnahmen zur Bekämpfung des Banditentums bereits in Ausführung begriffen seien und habe es als Pflicht eines jeden erklärt, an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken durch Unterstützung der Polizei und Gerichte.

*

Linz, 10. Januar. In einer hier veranstalteten Kundgebung für Oberschlesien betonten Redner aller Parteien die Bedeutung Oberschlesiens auch für Oesterreich, sowie die Notwendigkeit des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland. An den Reichspräsidenten Ebert wurde ein Begrüßungstelegramm gesandt, in dem die Uebergriffe und Gewalttätigkeiten im Abstimmungsgebiet aufs schärfste verurteilt werden und dem heißen Wunsche für einen deutschen Sieg bei der Abstimmung Ausdruck verliehen wird.

Keine Ausfuhrbewilligung für Milch!

Koblenz, 10. Januar. Gegenüber einer vom Echo du Rhin aufgestellten Behauptung, daß die Außenhandelsstelle in Berlin die Bewilligung der regelmäßigen Ausführung von Milch nach Dänemark erteilt habe wird von zuständiger Seite erklärt, daß niemals eine Ausfuhrbewilligung für Milch erteilt worden sei.

Kommunistische Streikhetze.

Berlin, 10. Januar. Im Lustgarten fanden gestern vormittag zwei Versammlungen statt. Um 10 Uhr stellten sich von den organisierten 60 000 Arbeitern etwa 8000 ein. Ein Kommunist forderte sie unter Beschimpfungen der Regierung auf, sofort in den Streik einzutreten. Die Rede wurde fast ohne Beifall aufgenommen. Eine Stunde später rückten etwa 15 000 Anhänger der beiden kommunistischen Parteien an, um gegen die Flensburger Vorgänge zu demonstrieren. Unter den Rednern befand sich auch Adolf Hoffmann. Vor dem Museum kam es dann zwischen einem Redner der kommunistischen Arbeiterpartei und einem der kommunistischen Partei zu einem Faustkampf, der mit einem Sieg des ersteren endigte. Nach Absingung der Internationale löste sich die Versammlung auf.

Die Auslieferung der Rheinflotte.

Paris, 10. Januar. Nach einer Meldung der Agence Havas wird zu dem von der Associated Preß verbreiteten Schiedsspruch des Amerikaners Hynes über die Ablieferung eines großen Teiles der Rheinflotte noch mitgeteilt: Die Verteilung der deutschen Rheinschiffahrtsflottille zwischen Frankreich und Deutschland bildet keinen Bestandteil der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Reparationen und darf nicht mit dem Teil der Flußschiffahrtsflottille verwechselt werden, die an die Alliierten als Ersatz für den während des Krieges verlorenen Flußschiffsraum geliefert werden muß. Hynes fordert, daß Deutschland Frankreich ein Aufsichtsrecht über die Aktien gewisser Rheinschiffahrtsgesellschaften gewähre.

Volksabstimmung in Bremen.

Bremen, 10. Januar. Bei der gestrigen Volksabstimmung über die Frage, ob der Senat zurücktreten solle, wurden 79 778 Stimmen mit ja und 99 569 Stimmen mit nein abgegeben. Ein Bezirk steht noch aus.

Bürgerliches Stadtverordneten-Wahlsieg.

Hanau, 10. Januar. Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen wurden abgegeben für die Handwerkerliste 1908, für die bürgerliche Gemeinschaft (Demokraten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum) 8557, für die Sozialdemokraten 4229 und für die Kommunisten 5888 Stimmen. Gewählt sind vier Handwerker, 19 bürgerliche Gemeinschaft, 8 Sozialdemokraten und 11 Kommunisten. Die bürgerlichen Parteien haben damit die Mehrheit erhalten.

Senatswahlen in Frankreich.

Paris, 10. Januar. Bei den Nachwahlen zum Senat wurden im ersten Wahlgang 72 Senatoren endgültig gewählt. In 24 Wahlbezirken hat Stichwahl stattgefunden. Es wurden gewählt 3 Liberale, 13 Progressisten, 19 Linksrepublikaner, 32 Radikale und Sozialistenradikale und 5 sozialistische Republikaner. Die Konservativen gewinnen einen Sitz und verlieren 4 Sitze, die Liberalen gewinnen 2 Sitze und verlieren keinen Sitz, die Progressisten gewinnen 2 Sitze und verlieren einen Sitz, die Radikalen und Sozialistischradikalen gewinnen 2 und verlieren 9 Sitze, die sozialistischen Republikaner gewinnen 8 Sitze und verlieren keinen Sitz. Sitz der Stichwahl wurden noch gewählt 3 Linksrepublikaner. Elf Stichwahlen haben noch stattzufinden. Der ehemalige Präsident der Republik, Deschanel, ist in seinem alten Wahlkreise Eure-et-Loire gewählt worden.

Verhaftete Schieber.

Berlin, 10. Januar. Wie der Lokalanzeiger aus Halle meldet, hat die Erfurter Kriminalpolizei auf Veranlassung des Reichsstaatsministeriums die Kaufleute Keil aus Erfurt, Wolf aus Elmental, Galster und Kehr aus Schmalkalden, Heinricht aus Zella und König aus Erfurt wegen umfangreichen Waffenschiebungen verhaftet. Gleichzeitig wurde ein geheimes Lager von Gewehrteilen und Munition beschlagnahmt.

In den Flammen umgekommen.

Köln, 10. Januar. Einem in einer Schokoladenfabrik in Köln-Mühlheim ausgebrochenen Feuer sind gestern vormittag ein in dem Fabrikgebäude wohnender Angestellter der Fabrik mit Frau und Kind zum Opfer gefallen.

München, 10. Januar. In den Kohlengruben von Hausham bei Peyberg brach vergangene Nacht ein Grubenbrand aus. Sieben Personen, nämlich drei Beamte und vier Bergarbeiter, sind ums Leben gekommen.